

## ***Mit einer starken Mitte für Deutschlands Zukunft***

**Rede  
von Bundesminister  
Dr. Wolfgang Schäuble  
beim Bundessymposium  
„Die Mitte: Deutschlands Zukunft“  
des Wirtschaftsrats der CDU  
am 2. März 2009 in Berlin**

Für eine Politik der Mitte oder eine Politik aus der Mitte sollte man sich klar machen, dass sie nichts Statisches ist. Wer sagt, die Erde dreht sich, aber die Mitte ruht in sich selbst, hätte Mitte nur sehr unzureichend umschrieben. Die Mitte gibt Raum für unterschiedliche Optionen. Der Mittelstand war immer die Bevölkerungsgruppierung, durch die sich gesellschaftliche Veränderung – Aufstieg, Abstieg, Innovation – vollzogen hat. Deswegen ist Mitte etwas Dynamisches. Sie ist in diesem Sinne die eigentliche Entwicklungskraft, die in einer freiheitlichen Gesellschaft steckt, die ja immer wieder in der Lage sein muss, auf Veränderungen neue Antworten zu finden.

Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. Als solche muss sie sich immer wieder der Aufgabe stellen, in der Diskussion zwischen unterschiedlichen Interessen, Gesichtspunkten, Argumenten Lösungen zu finden, die für alle Schichten und Gruppen unserer Bevölkerung akzeptabel sind. Das ist die große stabilisierende Funktion der Volkspartei der Mitte. Das ist keine Kleinigkeit, sondern um der Nachhaltigkeit einer freiheitlichen, demokratischen Ordnung willen unverzichtbar.

Das immerwährende Bemühen, akzeptable Lösungen für alle Gruppen der Bevölkerung zu finden, bedeutet nicht, Kompromisse um des Kompromisses willen zu schließen – das wäre zu einfach –, sondern es bedeutet Ausgleich. Ausgleich heißt immer auch Mäßigung, auch das ist ein Kennzeichen der Mitte: Ohne eine hinreichende Bereitschaft zur Mäßigung ist Mitte nicht denkbar, ist Nachhaltigkeit nicht

denkbar, würden wir uns in den Wechselbädern zwischen den Extremen verlieren. Deswegen hängen Maß und Mitte, Ausgleich und Mäßigung eng zusammen.

In der Mitte wächst auch eine Vorstellung vom Menschen, die dem Menschen entspricht. Das beinhaltet eine Absage an ideologische Parteien, die in der Geschichte zwar immer wunderbar geschlossene Konzeptionen gehabt haben. Ihr einziges Problem war allerdings, dass es in der Wirklichkeit nicht funktioniert hat, weil die Menschen sich nicht so verhalten haben, wie die Ideologie es vorsah.

Eine echte Volkspartei macht es umgekehrt: Sie nimmt die Menschen, wie sie sind, mit ihren großartigen Fähigkeiten, aber auch mit dem Wissen, dass Menschen zu Fehlern neigen, so dass wir einen Rahmen und Regeln zur Mäßigung brauchen, auch rechtlicher Art. Das erfordert Realismus. Auch das gehört zu einer Volkspartei der Mitte, dass sie nicht mehr verspricht oder dass sie versucht, nicht mehr zu versprechen, als sie am Ende sich zutraut, auch halten zu können.

Nun reklamieren auch andere, Partei der Mitte zu sein. Es ist noch nicht so lange her, da hat sogar die SPD behauptet, die Partei der Mitte zu sein. Das hatte Müntefering, als er das letzte Mal Parteivorsitzender war und der Kanzler noch Schröder hieß, damit begründet, dass die SPD die Mehrheit bildet. Deswegen haben sie wahrscheinlich jetzt den Anspruch aufgeben, die Mitte zu vertreten. Schröder hat noch von der „neuen Mitte“ gesprochen. Er hat nur versäumt, es seiner eigenen Partei zu erklären. Vielleicht hat er auch selbst nicht wirklich verstanden, was er gemeint hat. Das lasse ich dahingestellt.

Im Augenblick kommt das Wort „Mitte“ in den programmatischen Äußerungen der SPD nicht mehr vor. Manchmal hat man das Gefühl, die SPD kann sich in der Krise mal wieder so richtig austoben – vom Konsumgutschein bis zur Reichensteuer und der bürokratischen Gängelung. Man hat nicht das Gefühl, dass sie sich dabei besonders gezwungen fühlt.

Jedenfalls bewirbt die SPD sich nicht mehr um die Mitte. Sie hat auch ihre eigene Mitte verloren. Es hat sie ziemlich zerrissen. Auch deswegen ist sie jetzt ein schwieriger Partner. Im Übrigen sind große Koalitionen Ausnahmelösungen. Das Prinzip

unserer Demokratie beruht auf Wettbewerb und nicht auf einem Kartell der beiden Größeren. Noch sind wir die beiden größeren Parteien. Deswegen sind große Koalitionen nicht Dinge, die man anstrebt, sondern die gegebenenfalls geschehen, wenn das Wahlergebnis eine andere Mehrheit nicht möglich macht. So war es 2005. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung sieht das auch ganz praktisch: Jetzt haben wir die Große Koalition als Regierung, jetzt soll sie wenigstens ordentlich regieren.

Also müssen diejenigen, die die Verantwortung tragen, insbesondere der jeweilige Regierungschef, die Bundeskanzlerin, dafür sorgen, dass Entscheidungen zustande kommen. Das geht nur auf dem Weg des Kompromisses. Auch das ist wahr. Und Kompromisse werden von allen Beteiligten förmlich gehasst, da wir das, was wir nicht haben, viel stärker empfinden als das, was wir haben. Das ist das Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen.

So wird jeder Kompromiss in einer großen Koalition von den Anhängern beider Seiten abgelehnt. Und jede Seite denkt, sie habe viel mehr nachgegeben als die andere Seite. Deswegen braucht man sich nicht zu wundern, dass die Sozialdemokraten darüber schimpfen, dass von sozialdemokratischer Politik bei dieser Regierung nichts zu spüren sei, und die Anhänger der Union das Profil der eigenen Partei vermissen.

Trotzdem muss man anständig regieren. Natürlich ist, wie vor der letzten Wahl, unser Ziel nicht eine große Koalition. Unser Ziel ist ein Wahlergebnis, das uns eine große Koalition erspart. Da hat jeder Partner seine eigenen Prioritäten. Unseren bevorzugten Wunschpartner haben Sie heute schon erlebt.

Aber auch die FDP bleibt unser Wettbewerber. So ist das in der Demokratie. Wettbewerber sind nicht Feinde, um das auch zu sagen. Sie haben eine gemeinsame Verantwortung, ob Regierung oder Opposition. Ich füge hinzu, dass natürlich auch die FDP Mitte ist und sein möchte. Nur Volkspartei ist sie nicht. Den Anspruch hat sie noch nicht erhoben, nicht einmal auf Schuhsohlen. Die FDP ist eine Klientelpartei, wir sind eine Volkspartei. Aber es ist gut, dass die FDP stabil ist und wir eine gute Chance haben, wenn wir unseren Teil dazu beitragen, dass wir eine gemeinsame Regie-

rung zustande bringen. Dann werden wir immer noch Wettbewerber bleiben, aber wir haben ein größeres Maß an Gemeinsamkeit als mit anderen.

Nun hat uns die Wirtschafts- und Finanzkrise in einem Maße getroffen, dass sie uns zwingt, Maßnahmen zu diskutieren und zu entscheiden, die wir uns vor einem Jahr nicht hätten vorstellen können. Es ist keine Schande das zuzugeben, sondern einfach die Wahrheit. Wir sind mit Erfahrungen konfrontiert, von denen die allermeisten nicht geglaubt hätten, dass wir sie einmal machen würden.

Wenn wir uns die Geschichte der holländischen Tulpenzwiebelspekulation ansehen, fragen wir uns, wie man im 17. Jahrhundert so dumm sein konnte. Aber wenn wir ehrlich sind, haben wir uns auch nicht viel schlauer angestellt. Man sieht: die Menschheit entwickelt sich, aber richtig klüger werden wir nicht, wirklich besser im Übrigen auch nicht. Deswegen ist es so wichtig, dass man eine Politik der Mitte an einem realistischen Menschenbild ausrichtet.

Wir Menschen haben – das wird in der Finanzkrise fast exemplarisch deutlich – offensichtlich die Eigenschaft, durch Übertreibung zu zerstören. Dabei wissen wir doch, dass alles immer ambivalent ist. Jeder Fortschritt ist ambivalent. Die Finanzkrise zeigt, wie man durch Übertreibungen die Innovationskraft und das Schwungrad der internationalen Finanzmärkte zerstört hat. Egoismus ist an sich eine gute Triebfeder und es ist richtig, sie einer Wirtschaftsordnung zugrunde zu legen, überhaupt einer sozialen Ordnung zugrunde zu legen. Denn der Mensch empfindet unendlich viel mehr Hingabe, Befriedigung, Fantasie, Kreativität, Leistungsbereitschaft, wenn er seine Angelegenheiten selbst entscheiden kann. Aber die Übertreibung des Egoismus, die man Gier nennt, ist gefährlich, und man kann eine vernünftige Ordnung durch Übertreibungen auch infrage stellen.

Das Pendel schlägt aber immer auch wieder zurück. Deswegen liegt in der Lehre von Karl Popper und seiner offenen Gesellschaft ein gewisser Trost, dass es in der Gesellschaft immer weitergeht. Wir alle kennen die endgültig richtigen Antworten nicht. Aber wir wissen, dass wir aus Fehlern und Irrtümern lernen können, lernen werden. So lernen wir gerade aus dieser Krise schmerzhaft, dass wir durch Übertreibung Fehler in Kauf genommen haben und verursacht haben. Und wir werden uns nun auf der

anderen Seite davor zu hüten haben, das Pendel nicht zu stark in die gegenteilige Richtung ausschlagen zu lassen. Mit totaler Kontrolle, Regulierung und Bürokratisierung ist die Effizienz einer sozialen Marktwirtschaft nicht annähernd zu erreichen. Diesen Versuch haben wir in Deutschland schon einmal erlebt. Also müssen wir versuchen, einen mittleren Weg zu gehen, wobei die Mitte eben etwas Dynamisches ist, kein stabiles, sondern immer nur ein labiles Gleichgewicht.

Das beinhaltet auch, neu zu verstehen, warum das Subsidiaritätsprinzip für die Christlich Demokratische Union so wichtig ist. Vorrang haben die kleineren Einheiten, die Einzelnen, die Familie und ehrenamtliches Engagement, die kommunale Selbstverwaltung. Sie sollen so viel wie möglich selbst regeln, weil sie dazu besser in der Lage sind. Nur dann, wenn es nicht mehr anders geht, muss als *last ressort* der Staat, die Politik, die verfasste politische Gemeinschaft tätig werden, aber eben nur als letzte Zuflucht.

Die Funktionsfähigkeit des Finanzsystems ist Teil der öffentlichen Infrastruktur. Wenn man in der Erregung darüber, was schief gelaufen ist, glauben würde, das wäre alles gar nicht so wichtig und das eigentliche Problem seien nur die Banken und die Banker, der übersieht, dass funktionierende Finanzmärkte das Schwungrad der wirtschaftlichen Entwicklung sind und dass sie unglaubliche Fortschritte ermöglicht haben. Deswegen muss die Funktionsfähigkeit nicht nur der Währung, sondern auch des Bankensystems – und heute in der Zeit der Globalisierung des internationalen Bankensystems – erhalten und wo sie gestört ist auch zurückgewonnen werden.

Hier muss der Staat seine Aufgaben übernehmen. Und hier werden wir natürlich Konsequenzen zu ziehen haben. Wir müssen uns heute damit auseinandersetzen, dass man im Bankensektor zu groß sein kann, um zu scheitern – *too big to fail*. Das ist ein Problem, das Anlass zu Überlegungen geben muss, was wir für die Zukunft daraus lernen und besser machen können.

Lehren müssen wir auch für Renditeerwartungen ziehen. Wie können Renditeerwartungen von nicht unter 25 Prozent ohne die Hinnahme von Risiken, die entsprechend groß sein müssen, auf Dauer gut gehen? Wenn man daran gezweifelt hat, war man

schon fast nicht auf der Höhe der Zeit, jedenfalls nach den Regeln derjenigen, die solche Erwartungen vorgegeben haben.

Die Risiken sind dabei immer weniger transparent geworden. Als alter Steuerrechtler weiß ich, dass Bewertungsrichtlinien eine endlos schwierige und problematische Frage sind. Die Schwierigkeiten mit Accounting-Regeln sind sehr groß. So, wie es bislang gelaufen ist, hat es offenbar nicht funktioniert. Deswegen brauchen wir Regeln, die wieder stärker auf die Nachhaltigkeit von Erfolg zurückführen. Das gilt auch für Vergütungs- und Bonussysteme, wobei ich dringend warne zu glauben, der Staat, die Politik, der Gesetzgeber seien die Richtigen, um zu entscheiden, wie viel jemand verdienen soll. Das lassen wir besser im Bereich von Angebot und Nachfrage. Vielleicht können wir gesellschaftsrechtlich die institutionellen Rahmenbedingungen dafür etwas verändern.

Dass die Bonussysteme, die Vergütungssysteme, die wir hatten, zum Teil auf die Maximierung kurzfristiger Erfolge gezielt haben und nicht der Nachhaltigkeit des unternehmerischen Ertrags Rechnung getragen haben, ist wohl richtig. Insofern sind eine Überprüfung und Korrektur sicherlich angemessene Reaktionen auf die Erfahrungen, die wir gemacht haben, und auf die Krise, aus der wir herauskommen müssen.

Ich habe gesagt: Jeder menschliche Fortschritt ist ambivalent. Also müssen wir uns angesichts dieser Übertreibungen bemühen, neu und wieder die Mitte zu finden und uns dem Prozess von Trial und Error, von dem Karl Popper so überzeugend geschrieben hat, aussetzen. Nachhaltige Offenheit und Freiheit gedeihen nach meiner festen Überzeugung nur in der Mitte, nicht an Rändern. Extreme in jeder Beziehung sind das Gegenteil von dem, was wir brauchen um dauerhaft Irrtümer korrigieren und auf immer neue Herausforderungen neue Justierungen finden zu können. Deswegen ist übrigens der Wettbewerb auch denknotwendig, systemisch, also ordnungspolitisch, das richtige Instrument.

Ideologen hingegen sind davon überzeugt, dass sie selbst die richtige Lösung haben. Sie meinen es gut damit, im Zweifel sogar noch besser als andere. Oft ist aber gerade das am gefährlichsten. Im Ansatz zu glauben, die einen wüssten es besser als die

anderen, steckt der Anfang vom Elend. Dagegen liegt in der Bereitschaft, den Wettbewerb entscheiden zu lassen, welches die bessere Lösung in der Zeiteinheit ist – es ist ja niemals für die Ewigkeit –, die Bereitschaft, Freiheit im wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu akzeptieren und zum entscheidenden Faktor zu machen.

Das sollten diejenigen wissen, die eine wettbewerbsorientierte Ordnung diffamieren. Manchen tritt schon der Angstschweiß auf die Stirne, wenn sie das Wort „Leistung“ nur hören. Es war ein Sozialdemokrat, der das von seinen eigenen Mitgliedern gesagt hat. Wer Wettbewerb immer mit Druck, sozialer Kälte und dergleichen zusammenbringt, übersieht, dass Wettbewerb das notwendige Pendant zu dem Prinzip ist, dass alle Menschen ihre eigene, unäußerliche, unverwechselbare Würde haben. Daraus erwachsen die allgemeinen Freiheitsrechte.

Diesen Freiheitsrechten entspricht im politischen Bereich die Demokratie und in der Wirtschaft der Wettbewerb als entscheidender Ordnungsmechanismus und entscheidendes Instrument. Deswegen muss es gelingen, den Übertreibungen zu wehren, den Rahmen wieder und wieder neu zu justieren. Aber auf der anderen Seite muss klar sein, dass keine bürokratischen oder monopolistischen Entscheidungsstrukturen an deren Stelle treten dürfen. Damit würden wir genau das Falsche machen.

Natürlich sind die Befürworter, die für soziale Marktwirtschaft und ordnungspolitisch richtige, vertretbare oder begründbare Lösungen eintreten, nun in ihrer Überzeugungskraft geschädigt, wenn durch Übertreibungen der Eindruck entstehen muss, dass die Grundzüge von Nachhaltigkeit und Fairness nicht mehr funktionieren. Deswegen muss man darauf achten, dass die Balance und Mäßigung nicht verloren gehen. Um der Nachhaltigkeit dieser Ordnung willen ist es wichtig, dass das Element der Mäßigung nicht verloren geht. Das müssen alle Beteiligten wissen.

Daraus kann man eine Menge Schlussfolgerungen ziehen. Sie haben wahrscheinlich schon heute im Laufe Ihrer Tagung und bei anderen Gelegenheiten darüber diskutiert. Mir kommt es von meinem Ressort her nur sehr eingeschränkt zu, Antworten vorzuschlagen. Aber dass wir Mechanismen haben, die gewährleisten, dass wir Korrekturen in diesem System der sozialen Marktwirtschaft auch unter den Bedingungen der Globalisierung bewerkstelligen können, scheint mir ganz zweifelsfrei.

Ich bin zuversichtlich, dass es möglich sein wird, international rechtliche Regelungen für funktionsfähige Finanzmärkte zu schaffen, um die Übertreibungen, die zu diesen fürchterlichen Verwerfungen geführt haben, stärker begrenzen zu können. Schon in London beim G20-Gipfel kann man eine Menge auf diesem Weg erreichen. Ich bin auch ganz sicher, dass wir das gesellschaftsrechtliche Instrumentarium unserer Rechtsordnung stärker nutzen können und dass es dazu Möglichkeiten gibt.

Diese Krise ist nicht Beweis dafür, dass die soziale Marktwirtschaft versagt hat. Die soziale Marktwirtschaft, das heißt, eine offene, auf Mitte hin orientierte Ordnung, ist nach meiner festen Überzeugung besser als jede andere denkbare Ordnung in der Lage, auch die notwendigen Korrekturen zu schaffen. Es steht nirgends geschrieben, dass man nach den Regeln der sozialen Marktwirtschaft die Frage der Risikobewertung im Bankengeschäft nur noch auf Ratingagenturen überträgt und dass man am Ende dann weltweit drei Ratingagenturen hat, die im Übrigen auch in ihren Geschäftstätigkeiten nicht so begrenzt sind, wie sie es vielleicht sein müssten, wenn sie eine so strenge schiedsrichterliche Rolle wahrzunehmen haben. Auch darüber kann man nachdenken. Das verstößt nicht gegen Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft. Wir können im Gesellschaftsrecht sehr viel stärkere Regeln für Transparenz einführen. Wir können in der Bankenaufsicht eine Menge verändern. Und wir können auch Vergütungs- und Anreizsysteme nachhaltiger machen und vieles andere mehr.

Wir sollten dabei nicht aus dem Auge verlieren, dass es für eine Volkspartei der Mitte wichtig ist, nicht mehr zu versprechen, als sie sich zu halten zutraut. Wenn wir zum Beispiel das Element der Nachhaltigkeit betrachten, sehen wir, dass wir im Augenblick wegen der Wirtschaftskrise zu Maßnahmen gezwungen sind, von denen wir wissen, dass sie im Sinne von Subsidiarität nur eine Notlösung sind. Deshalb ist auch klar, dass wir so rasch wie möglich die jetzt wieder zu hoch gewordene staatliche Neuverschuldung zurückführen müssen.

Es ist nicht wahr, dass die Politik der von Angela Merkel geführten Bundesregierung gescheitert ist. Wir haben in der Konsolidierung seit 2005 mehr Erfolge erzielt, als die meisten uns zugetraut hätten. Im Jahr 2008 weiß kaum noch jemand, dass es einmal ein Defizitverfahren wegen Verletzung der Maastrichtkriterien gegen die Bundesre-



publik Deutschland gegeben hat. Wenn wir 2005 gesagt hätten, dass wir 2008 gesamtstaatlich keine Neuverschuldung haben würden, hätten es die meisten nicht geglaubt. Wir haben es geschafft. Wenn wir gesagt hätten, die Arbeitslosigkeit würde bei drei Millionen sein, hätten es ebenfalls die meisten für unmöglich gehalten.

Natürlich sind diese Erfolge jetzt wieder in Gefahr. Aber wir wären nicht das Land, auf das viele in Europa und darüber hinaus in dieser Krise am meisten ihre Hoffnung setzen, wenn wir in den letzten drei Jahren nicht einige Erfolge erzielt hätten – unter Inkaufnahme, dass das Profil in der Sicht mancher unserer Anhänger nicht mehr so deutlich gewesen ist. Es mag sein, dass das so empfunden wurde. Die Ergebnisse sprechen aber eine andere Sprache.

Ich möchte eine Bemerkung zur aktuellen Diskussion um Steuersenkungen machen. Es gibt keine Steuerreform, die aufkommensneutral ist und etwas bewirkt, außer den politischen Selbstmord desjenigen, der sie unternimmt. Das hat damit zu tun, dass Kompromisse von allen Beteiligten immer als schrecklich angesehen werden, weil man das, was einem nicht gefällt, viel stärker bewertet als das, was einem gefällt. Dennoch: Wir brauchen eine Steuerreform. Unser Steuerrecht sollte einfacher und gerechter sein, die Steuern niedriger. Das ist und bleibt ein fortwährendes Anliegen. Wir werden aber das ideale Steuersystem nicht so schnell schaffen. Das ist in einer hoch entwickelten Ordnung wie der unsrigen enorm schwierig. Deswegen ist es richtig, dass wir sagen: Sobald wir nach Überwinden der Krise die Möglichkeit dazu haben, wird eine Steuerentlastung, die unser Steuersystem an der einen oder anderen Stelle stimmiger machen sollte, ganz vorne auf der Prioritätenliste einer unionsgeführten Regierung stehen und stehen müssen.

Wir haben auch in der Vergangenheit bewiesen, dass wir es so halten. Es war nicht auf der Prioritätenagenda dieser Legislaturperiode der Großen Koalition. Das konnte es auch nicht sein. Hier war es die Konsolidierung. Im Übrigen ist es ein kompliziertes Unternehmen, mit Sozialdemokraten eine sinnvolle Steuerreform zu machen. Es war schon schwierig genug, bei der Gesundheitsreform das Minimum dessen herauszuholen, was wir zur Überlebensfähigkeit des Gesundheitssystems angesichts der rasant wachsenden Anforderungen in diesen vier Jahren leisten mussten und dann mehr oder minder im Wesentlichen auch geleistet haben. Also: Steuersenkung

ja, aber ohne das Versprechen, zu welchem Zeitpunkt sie in Kraft gesetzt werden kann. Den möchte ich kennen, der heute verbindlich sagen kann, wann die Krise überwunden ist oder wann wir auch schon nur den Boden erreicht haben.

Wenn wir uns in die Lage von Menschen in anderen Kontinenten versetzen, dann wird es umso wichtiger sein, dass wir wieder und wieder für unsere Überzeugungen eintreten, dass protektionistische Lösungen in jedem Fall falsch sind. Protektionistische Lösungen sind das Gegenteil von Wettbewerb. Sie widersprechen dem Prinzip, dass man durch Arbeitsteilung den gemeinsamen Fortschritt voranbringt. Wir sollten alles daran setzen, auch in dieser Krise daran festzuhalten, dass Protektionismus der falsche Weg ist.

Zur Mitte gehört nämlich auch, im Sinne Kants über die Allgemeinverbindlichkeit des eigenen Handelns nachzudenken. Wir müssen die Akzeptanzfähigkeit einer nicht durch den Staat bürokratisch regulierten Ordnung für eine breite Mehrheit erhalten. Dazu müssen auch die Verantwortlichen in der Wirtschaft ein Stück weit beitragen. Wenn der Faden abreißt, dass man in den *Happy Few* auch seine eigenen Träume wieder findet, wenn man die bestehende Ordnung nur noch als ungerecht und unfair erlebt, dann geht die Legitimation verloren. Deswegen ist der Kantsche Imperativ nicht schlecht. Er gilt auch für uns als Land, als Staat, als Gesellschaft im Sinne unserer europäischen und weltweiten Verantwortung.

Nachhaltigkeit und Stabilität entstehen durch Vielfalt, durch Diversifizierung. Wir werden uns noch stärker mit der Frage beschäftigen müssen, was das in der Welt der Globalisierung, angesichts von rund 200 Millionen Migranten und vor dem Hintergrund unserer absehbaren demografischen Entwicklung bedeutet. Verschiedenheit ist keine Bedrohung, sondern Bereicherung. Integration ist alternativlos und bedeutet auch, Vorurteile abzubauen – nicht nur wegen des Wettbewerbs um die besten Köpfe, sondern vor allen Dingen, um uns Offenheit als Voraussetzung für Teilnahme an der Entwicklung der Globalisierung zu erhalten.

Vielfalt hat als stabilisierender Faktor unmittelbar wirtschaftliche Seiten. Wir haben über lange Jahre von klugen, sachverständigen Menschen immer wieder gehört, dass das deutsche Bankensystem mit seinen drei Säulen – Sparkassen, Volksban-

ken und Privatbanken – nicht wettbewerbsfähig sei. Inzwischen habe ich so meine Zweifel, ob die Konzentration auf wenige und immer stärker spezialisierte Institute richtig ist. Inzwischen sehen wir auch Basel II etwas weniger kritisch, als man es in manchen mittelständischen Versammlungen vor ein paar Jahren noch zu hören hatte. Eine vielfältige Struktur von großen, mittleren und kleinen Betrieben ist besser als jede Konzentration auf wenige Großbetriebe – das gilt nicht nur für die Banken, sondern für die Wirtschaft insgesamt.

Was ist der spezifische deutsche Vorteil gegenüber vergleichbaren anderen europäischen Ländern? Dass wir einen stärker ausgeprägten industriellen Mittelstand und eine stärker ausgeprägte industrielle Produktion haben, macht uns von der Entwicklung in der Weltkonjunktur ein Stück weit stärker unmittelbar betroffen. Aber es ist auch ein spezifischer Vorzug in dieser Krise und für die Zeit nach dieser Krise. Das sollten wir bei den Maßnahmen, die wir in diesen Tagen und in den kommenden Wochen zu diskutieren haben, wieder und wieder bedenken.

Ich will eine Bemerkung zu der ziemlich mühsamen Debatte machen, ob es notfalls bei dem Institut, das man mit den Buchstaben HRE abkürzt, als *ultima ratio* auch zu Enteignungsmaßnahmen kommen kann. Wir haben eine heftige Debatte darüber geführt, an der ich mich als Verfassungsminister beteiligt habe. Dabei habe ich deutlich gemacht, dass eine Enteignung überhaupt nur dann infrage kommen kann, wenn sie wirklich die äußerste Lösung ist. Was ich nicht akzeptiert habe, war, dass man den Eindruck gewinnen konnte, als wolle man andere Lösungen gar nicht haben, um möglichst schnell zur *ultima ratio* zu kommen. Ich bin davon überzeugt, dass auch das gesellschaftsrechtliche Instrumentarium in der Lage ist, Probleme zu lösen.

Vor allen Dingen glaube ich, dass das Insolvenzrecht nicht so ein Teufelsinstrument ist, wie es gelegentlich öffentlich missverstanden wird. Zu wirtschaftlichem Investment, zum Risiko gehört auch die Möglichkeit des Scheiterns; Chance und Risiko müssen zusammenbleiben. Alles andere macht keinen Sinn. Aber wenn es so ist, dann ist das Insolvenzrecht das ordnungspolitische Instrumentarium, um für den Fall des wirtschaftlichen Scheiterns in einem geordneten Verfahren die Schäden, auch die volkswirtschaftlichen Schäden, möglichst zu begrenzen. Das soll jedoch keine Handlungsempfehlung für einen konkreten Fall sein.

Ich habe in der Debatte um die HRE innerhalb der Bundesregierung drauf bestanden, und wir haben es am Ende in den Kabinettsbeschluss mit aufgenommen, dass die gesetzlichen Maßnahmen zur Enteignung so begrenzt sind, dass sie *de facto* nur für dieses Institut infrage kommen. Es muss, bevor ein Beschluss gefasst werden kann, eine Hauptversammlung stattgefunden haben. Und das Gesetz gilt nur bis zum 30. Juni 2009. Zugleich steht im Kabinettsbeschluss, dass Wirtschafts- und Justizministerium, die dafür zuständig sind, beauftragt werden, ein anderes Instrumentarium zu entwickeln, damit wir für den Fall, von dem ich nicht hoffe, dass er eintritt, in der Lage sind, Alternativen zur Verfügung zu haben.

Wenn ich vom Mittelstand gesprochen habe und von der Vielfalt großer, kleiner und mittlerer Betriebe, die wir brauchen, will ich eine Bemerkung hinzufügen: Im Mittelstand haben wir noch stärker den Zusammenhang von Eigentum und Haftung. Vor 20, 30 Jahren hieß es noch: raus aus der Familiengesellschaft, rein in die Aktiengesellschaft. Das hat sich längst gedreht. Die familienorientierten oder die familiendominierten Unternehmen haben im Schnitt in den letzten Jahren eine bessere Performance erzielt als die publikumsorientierten, börsennotierten Aktiengesellschaften. Das muss nicht in jedem Einzelfall gelten, es ist aber immerhin auch zu bedenken.

Außerdem ist Unternehmertum mehr als nur die Maximierung kurzfristiger Vorteile. Darin steckt eine Verantwortung für eine Vielzahl von Partnern, von Kunden und Lieferanten über Arbeitnehmer bis zur Öffentlichkeit und auch nachfolgende Generationen. Diese Verantwortung ist in Eigentümerunternehmen erfahrungsgemäß stärker ausgeprägt als in anderen. Vielleicht ist es auch kein Zufall, dass die Ausbildungsleistungen in der mittelständischen Wirtschaft sehr viel stärker erbracht werden als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt.

Nach meiner Überzeugung ist eine Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft eine ständige Aufgabe. Sie ist es, weil es immer nur vorläufige Antworten gibt, weil es immer nur zu falsifizierende Lösungen im Sinne von Karl Popper gibt und nicht die endgültig richtigen. Eine so zu erneuernde soziale Marktwirtschaft wird uns helfen, diese Krise zu überwinden. Dazu gehören Werte, so altmodisch es klingen mag. Mäßigung, freiheitliche Lösungen für Selbstbeschränkung müssen mit der Bereitschaft

einhergehen, aus eigener Überzeugung Normen, Regeln, Begrenzungen zu akzeptieren. Deswegen sind Werte die notwendige Substanz für eine zukunftsgerichtete Politik freiheitlicher Erneuerung. Zu Werten gehört im Übrigen auch der Zusammenhalt von Generationen. Das fängt bei der Institution Familie an.

Wir dürfen das Beunruhigungspotenzial unserer modernen Welt mit ihrem rasend schnellen Tempo der Veränderung nicht unterschätzen. Im Wandel öffentlicher Kommunikation durch die Informationstechnologie, der Globalisierung und jetzt noch einer Krise von nicht für möglich gehaltenem Ausmaß steckt auch ein Destabilisierungspotenzial für den inneren Zusammenhalt einer freiheitlich-friedlichen Gesellschaft. Deshalb müssen wir uns über die Frage wieder und wieder verständigen, was uns in einer freiheitlichen Gesellschaft in der Welt der Globalisierung zusammenhält. Sind wir nur noch ein rein interessenbezogener „formloser Sandhaufen von Individuen“, von dem Max Weber einmal gesprochen hat? Oder werden wir doch durch „geteilte Gefühle“ zusammengehalten, wie es Hondrich gesagt hat, durch gemeinsame Vorstellungen vom Leben? Oder durch Institutionen, die Werte und Orientierung vermitteln, um Freiheit nachhaltig zu ermöglichen? Institutionen wie die Familie oder ehrenamtliches Engagement, auch kommunale Selbstverwaltung sind wichtige, Freiheit sichernde Institutionen. Im wirtschaftlichen Bereich ist es eine vielfältige, diversifizierte Ordnung von großen, kleinen und mittleren Betrieben.

Mitte ist nichts Statisches, sondern etwas Dynamisches. Wir werden Deutschlands Zukunft nur gestalten können, wenn wir aus einer starken Mitte heraus fähig bleiben, Fehlentwicklungen zu korrigieren, Anpassungen an neue Herausforderungen zu suchen. Dafür müssen wir uns unseres ordnungspolitischen Kompasses bewusst bleiben, auch in Zeiten, wo es vielleicht nicht der politischen Opportunität entspricht, sich dazu zu bekennen, dass freiheitliche Lösungen auch dort, wo die Legitimation im Einzelfall durch Übertreibungen verloren gegangen ist, die nachhaltig besseren sind. Alles andere hieße, die Kräfte, die in Menschen als freien Individuen und in freiheitlich verfassten Gesellschaften am Werk sind, zu unterschätzen. Um diese Krise zu überwinden, brauchen wir die Anspannung und Einbindung aller Kräfte. Das geht nur mit der Volkspartei der Mitte, mit der Christlich Demokratischen Union.